

Liebe Genossinnen und Genossen



Weihnachten steht vor der Tür. Wir wünschen uns alle ein bisschen Ruhe – vielleicht auch Ruhe vor der Politik, bevor dann im neuen Jahr ein kurzer und vermutlich auch kräftezehrender Wahlkampf vor uns liegt.

Wir brauchen uns im Wahlkampf nicht zu verstecken. Die Ampelregierung hat trotz seiner stark unterschiedlichen Konzepte und der unverschuldeten Dauerkrisen viel geschafft. Putins Gaslieferstop hat nicht zu kalten Wohnungen geführt, den Mindestlohn konnten wir gleich zu Beginn kräftig anpassen und davon haben auch gut

10.000 Menschen in unserem Landkreis profitiert. Mit dem Bürgergeld konnten wir Hartz 4 überwinden und das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg für den ÖPNV wie auch ein wichtiger Baustein zur Verkehrswende.

Natürlich ist nicht alles perfekt: Die Inflation ist zwar wieder auf einem normalen, verträglicheren Level runter und von den Lohnsteigerungen bleibt auch wieder etwas übrig, aber vor allem die Preise für Lebensmittel sind nach wie vor weit oben.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Unsere drei für den Bundestag	3
Kreishaushalt abgelehnt	4
Antrag zu Tablets in den Kreisdiensten	7
Seniorencafé in Bad Krozingen	10
Info zum Fachkräfteeinzugsbereichsgesetz	11
Neu bei der SPD: mitgliederservice.bw	13
Wir schützen das Bundesverfassungsgericht	14
Cui bono und Schikane	16
Impressum	16
Termine, Termine	17

Immerhin konnte die Regierung auf der Zielgeraden vor der Wahl noch Verbesserungen für Familien und Kinder durchdrücken.

Bei der Wohnungsnot sind wir nicht wirklich weitergekommen. Im Gegenteil: Der berühmte Otto Normalverdiener hat ganz klar keine Chance auf Wohneigentum mehr und auch die Mieten schneiden immer tiefer ins monatliche Budget.

Es bleibt also genug zu tun und es ist auch völlig klar, dass zum Beispiel auch bei den letzten beiden Punkten von den Konservativen nichts zu erwarten ist. Ein Ausblick gefällig? Bei der Pressekonferenz von Merz und Söder zur Vorstellung des Wahlprogramms der Union erklärte Herr Merz wörtlich: „Ach so, bei den Wohnkosten ist, das können Sie nachlesen, haben wir reingeschrieben, eine Pauschalisierung der Erstattung, damit wir hier nicht mehr in den großen Ballungsräumen ähm Wohnraumkosten von bis zu 20 Euro pro m² über die Sozialämter und über die Wohnungsbauämter äh erstatten müssen, sondern pauschalisieren – ja – so dass es dann auch für diejenigen, die sie in Anspruch nehmen, andere Wohnraummöglichkeiten außerhalb der Ballungsräume geben muss, damit wir sie entlasten.“

Das bedeutet übersetzt, dass finanziell schlechter gestellte Menschen aus den Städten verschwinden werden müssen und eben jene Ballungszentren nur noch für vermögende, gut situierte Reiche zugäng-

lich sind – die nächste Form der Ausgrenzung, die die Union vorantreibt.

Lasst uns also in der Zeit bis zum 23. Februar offensiv für unsere Ideen und Grundwerte eintreten und Menschen überzeugen.

Jetzt aber wünschen wir Dir und Deinen Lieben ein frohes und harmonisches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Mit solidarischen Grüßen
Eure Tanja & Ossi

Tanja Ossi



Unsere drei für den Bundestag

von Oswald Prucker

Am 23. Februar ist Bundestagswahl. Unser Landkreis verteilt sich auf drei Wahlkreise und in allen drei Wahlkreisen haben wir starke Kandidat:innen gefunden, die sich mit einem klaren sozialdemokratischen Profil zur Wahl stellen. Hier wollen wir die drei kurz vorstellen.

Ludwig Striet

für den Wahlkreis 281 – Freiburg.

Zu diesem Wahlkreis zählen außer Freiburg noch die Kreisgemeinden Au, Bötzingen, Bollschweil, Breisach am Rhein, Ebringen, Ehrenkirchen, Eichstetten am Kaiserstuhl, Gottenheim, Horben, Ihringen, March, Mering, Merzhausen, Pfaffenweiler, Schallstadt, Sölden, Umkirch, Vogtsburg im Kaiserstuhl und Wittnau.



Der promovierte Informatiker und Mathematiker ist seit 2022 Stadtrat in Freiburg, Gewerkschafter und seit vielen Jahren in

der Jugendarbeit tätig. In Freiburg kämpft er vor allem für bezahlbaren Wohnraum, bessere Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt. Sein Ziel: Die Energiewende nachhaltig gestalten und soziale Gerechtigkeit stärken.

Mehr zu Ludwig Striet:

Webseite: ludwig-striet.de

Instagram: [ludwigstriet](https://www.instagram.com/ludwigstriet)

Julian Wiedmann

für den Wahlkreis 282 – Lörrach und Müllheim.

Zu diesem Wahlkreis gehören außer dem Landkreis Lörrach auch unsere Kreisgemeinden Auggen, Bad Krozingen, Badenweiler, Ballrechten-Dottingen, Buggingen, Eschbach, Hartheim, Heitersheim, Müllheim, Münstertal/Schwarzwald, Neuenburg am Rhein, Staufen im Breisgau und Sulzburg.



Julian ist Betriebsratsvorsitzender und Verdi-Gewerkschafter. Mit Leidenschaft setzt er sich deshalb für faire Arbeitsbedingungen, soziale Gerechtigkeit und eine menschenrechtsbasierte Außenpolitik ein. Seine

Vision ist eine Politik, die Solidarität und Werte in den Mittelpunkt stellt.

Mehr zu Julian Wiedmann:

Instagram: [wiedmann282](#)

Rita Schwarzelühr-Sutter

für den Wahlkreis 288 – Waldshut und Hochschwarzwald.

Zu diesem Wahlkreis gehören außer dem Landkreis Waldshut auch unsere Kreisgemeinden Breitenau, Buchenbach, Eisenbach (Hochschwarzwald), Feldberg (Schwarzwald), Friedenweiler, Glottertal, Gundelfingen, Heuweiler, Hinterzarten, Kirchzarten, Lenzkirch, Löffingen, Oberried, Schluchsee, St. Märgen, St. Peter, Stegen und Titisee-Neustadt.



Rita ist uns allen als erfahrene Politikerin, Ökonomin und langjährige Bundestagsabgeordnete für Waldshut-Hochschwarzwald bekannt. Sie steht aktuell als parlamentarische Staatssekretärin im Innenministerium für Sicherheit, wirtschaftliche Stärke, eine nachhaltige Transformation und ein solida-

risches Miteinander, das Vertrauen und Zusammenhalt schafft.

Mehr zu Rita Schwarzelühr-Sutter:

Webseite: [schwarzelühr-sutter.de](#)

Instagram: [rischwasu](#)

Kreishaushalt abgelehnt

Wir haben als SPD-Fraktion in der Kreistagssitzung vom 16. Dezember den Haushalt einstimmig abgelehnt. Genauso wie Bündnis90/Grüne. Insgesamt aber wurde er mit den Stimmen der CDU, der Freien Wähler, AfD und FDP angenommen. Unser Fraktionsvorsitzender Martin Löffler hat das in seiner Rede mit zwei Zumutungen begründet..

Hier das Redemanuskript von Martin Löffler – es gilt das gesprochene Wort.

Wir wollen heute über zwei Zumutungen reden - und eine Botschaft!

Lieber Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Vertreter der Presse, meine Damen und Herren,

Zumutung Nummer 1:

Und ich weiß: Wir sind uns **alle einig**, dass das eine **Zumutung** ist! Wir sollten uns klarmachen, warum wir in dieser Lage sind. Weil der Landkreis die Aufgabe hat, das Sozialgesetzbuch umzusetzen! Wir haben die Leistung Bürgergeld und die Grundsiche-

rung. Dazu gehört auch die vorläufige Unterbringung von Geflüchteten und auch die Eingliederungshilfe und das Bundeteilhabengesetz.

Das alles sind Aufgaben bei denen wir gar nicht entscheiden können, **ob** wir sie erledigen. Selbst wenn wir es wollten: Wir können das Bürgergeld nicht kürzen. Wir können die Eingliederungshilfe oder die Grundversicherung nicht einsparen! Wir können auch nicht entscheiden, ob wir Flüchtlinge vorläufig unterbringen. Vielleicht beim „Wie“ wir das tun, gibt es noch kleine Spielräume. Aber dem Grunde nach haben wir diese Aufgaben vom Bund bekommen. Per Gesetz.



Das Problem ist: Aufgabe ja – Geld nein. Wir kriegen das Geld nicht, um diese gesetzliche Aufgabe zu erfüllen. Im Jahr 2025 haben wir im Sozialhaushalt ein Defizit von fast 185 Mio. EUR. Das sind nochmal 15 Mio. mehr als schon 2024. Fast das gesamte Defizit kommt aus Pflichtaufgaben. Da können wir alle nichts dafür!

Und jetzt?

Dem Landkreis bleibt ja gar nichts anderes übrig, als das Geld von den Kommunen zu holen.

Das ist die einzige beeinflussbare Einnahmequelle. Und den Gemeinden bleibt nichts übrig, als diese Kreisumlage von 170 Mio. zu bezahlen. Kreis und Gemeinden sitzen in einem Boot. Ich habe allerdings den Eindruck, dass die Gemeinden stärker rudern müssen. Solche Erhöhungen wie dieses Jahr lassen sich nicht eins zu eins über Steuererhöhungen wieder reinholen in den Gemeinden.

D.h. dort wird finanziell die Luft noch mehr abgeschnürt. Und zwar so lange bis am Ende gar nichts mehr anderes übrigbleibt, als freiwillige Leistung zu streichen.

So weit sind wir jetzt! Das ist die Diskussion, die wir nächstes Jahr führen. Im Kreis und in den Gemeinden. Wir werden uns nächstes Jahr über Musikschulen, Freibäder, Mediatheken und andere Freiwilligkeitsleistungen unterhalten. Am Ende dieses Prozesses werden wir nur noch Gesetze ausführen.

Dann können wir übrigens auch in den Gremien aufhören zu arbeiten. Dann gibt's kaum noch was zu entscheiden. Das ist nichts anderes als die schreibchenweise Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung. Da sind wir uns, denke ich, einig: Das ist eine Zumutung. Das gehört vor den Staatsgerichtshof.

Jetzt kommt Zumutung Nummer 2:

Da werden wir uns **nicht** ganz einig sein, dass das eine Zumutung ist. Der Landkreis hat vor drei Jahren beschlossen die Schülerinnen und Schüler unserer Kreis Gymnasien und unsere beruflichen Gymnasien mit Tablets auszustatten - jeden Schüler ab Klasse neun. Das war übrigens damals eine höchst umstrittene Entscheidung. Manche halten das pädagogisch für sinnvoll, andere nicht. Darüber will ich heute gar nicht reden.

Heute ist Haushalt - ich will über die Finanzierung reden! Schon damals haben wir jedenfalls beklagt, dass das Geld nicht von denen kommt, die für die Pädagogik verantwortlich sind, vom Land. Die Hoffnung war immer: „Wird schon noch fließen das Geld.“ Aber da fließt **nichts**! Wir bleiben auf den 3 Millionen sitzen, die wir dafür ausgeben.

Im Haushalt 2025 ist die dritte Tranche dieser Ausstattung vorgesehen, knapp 1 Million €.

Eine astreine freiwillige Leistung. Beahlt eins zu eins über die Kreisumlage. D.h. letztlich bezahlen das unsere Gemeinden. Mit dieser dritten Tranche werden vor allem die neunten und die zehnten Klassen ausgestattet. Noch mal: Das bezahlen die Gemeinden über die Kreisumlage 1:1! Gleichzeitig kann sich aber keine einzige Gemeinde im Landkreis finanziell erlauben, die Schülerinnen und Schüler so auszustatten. Ich rede von tausenden von Schülerinnen und Schülern. Die gehen in die neunten

und zehnten Klassen in Realschulen und in Gemeinschaftsschulen.

Und jetzt möge mir mal jemand eins erklären: Warum wird das im Landkreis in Gymnasien gemacht, in Realschulen und Gemeinschaftsschulen aber nicht? Da gibt es keine Erklärung!

Bildungsgerechtigkeit sieht anders aus! Das ist ungerecht! Es ist ungerecht gegenüber den Schülerinnen und Schülern. Es ist vor allem aber ungerecht gegenüber den Gemeinden.

Wenn es noch einen Beweis gebraucht hat, dass die Lastenverteilung zwischen Gemeinden und Landkreis nicht gerecht ist. Hier ist er!

Im nächsten Jahr werden wir harte Entscheidungen treffen müssen was die freiwilligen Leistungen betrifft. Und die Entscheidung mit den Tablets einfach weiterzumachen, ist ein Vorgeschmack darauf, wie die Diskussionen jetzt laufen werden.

Sparen Ja! Aber bitte nur da, wo am wenigsten Widerstand geleistet wird. Bei den Armen, Kranken und Schwachen in unserer Gesellschaft.

Und jetzt die Botschaft: Wenn das so läuft, machen wir nicht mit!

Wir sind zu vielem bereit. Zu harten Sparmaßnahmen. Aber dann bitte für alle gleichmäßig mit dem Rasenmäher. Es kann nicht sein, dass der Rasen dort stehen gelassen wird, wo es uns selbst betrifft. Es

kann nicht sein, dass nur da rasiert wird, wo es die trifft, die sich nicht wehren können. Das machen wir nicht mit!

Lieber Herr Landrat, ich finde sie haben einen guten Start gehabt. Aber genau daran werden wir sie im kommenden messen. Wird gerecht gespart? Oder wird es so laufen wie bei den Tablets?

Unsere Fraktion lehnt diesem Haushalt ab. Wir lehnen ab wegen den Zumutungen Nr. 1 und Nr. 2. Unsere Botschaft für 2025 gehört auch dazu!

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Wir danken Ihnen für die gute und zuverlässige Arbeit im vergangenen Jahr. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Herr Landrat, Wir danken Ihnen und Euch für das meistens sachliche Miteinander.

Wir wünschen Ihnen Allen ein gesundes, gesegnetes Weihnachtsfest.

Martin Löffler

SPD Fraktion im Kreistag Breisgau-Hochschwarzwald

Antrag zu Tablets in den Kreisgymnasien

von Birte Könnecke

Der Haushalt des Kreises sieht für 2025 rund eine Million Euro für die Beschaffung von Tablets für jede Schüler:in vor. Wir sehen das sehr kritisch und beantragten des-

halb den Verzicht auf diesen Haushaltsposten, auch weil alle Schulen mit einer ausreichenden Zahl an Klassensätzen an digitalen Endgeräten ausgestattet sind. Der Antrag wurde von Birte Könnecke initiiert und in der Fraktion abgestimmt. Leider hat der Struktur- und Finanzausschuss des Kreistages mehrheitlich gegen unseren Antrag gestimmt.

Hier der Antrag und die ausführliche Begründung im Wortlaut:

Die SPD-Fraktion im Kreistag stellt den folgenden Antrag:

Der Kreistag möge beschließen die für 2025 vorgesehene Beschaffung von Tablets für den Gesamtbetrag in Höhe von 985.000 EUR nicht einzuplanen und die Kreisumlage entsprechend zu senken.



Begründung:

Im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2025 sind für die Anschaffung von Tablets im Be-

reich der allgemeinbildenden Gymnasien 673.000 Euro und im Bereich der Berufsschulen 312.000 Euro eingestellt. Dabei handelt es sich um die dritte von drei Tranchen, die nun insbesondere die Klassenstufen 9 und 10 bedienen soll. Die Klassen 11 und 12 der Gymnasien, sowie zusätzlich die Klassen 13 der beruflichen Gymnasien wurden bereits in den Jahren 2023 und 2024 „bedient“.

1. Die Finanzlage des Landkreises ist dramatisch. Insbesondere hat der Kreis kein Geld, um es für Dinge auszugeben, für die er nicht zuständig ist, wie die Umsetzung der Lehrmittelfreiheit. Die Kommunen, deren Haushaltsplanungen teilweise noch dramatischer aussehen, ächzen unter der vorgesehenen Erhöhung der Kreisumlage. Eine Senkung der KU um fast eine Mio. EUR ist schon deshalb dringend geboten.

2. Zur finanziellen Perspektive gehört auch das Thema Bildungsgerechtigkeit. Kein anderer kommunaler Schulträger im Landkreis wäre wohl bei der aktuellen Haushaltslage in den Gemeinden finanziell in der Lage eine Ausstattung der 9. und 10. Klassenstufen in den Realschulen und Gemeinschaftsschulen vor zu nehmen.

3. Auch aus pädagogischer Sicht wird die Anschaffung nicht befürwortet. Der Mensch lernt das Lernen im Analogen. Immer mehr Lehrerinnen und Lehrer beklagen, dass die Bereitschaft, über Fragestellungen nachzudenken und sich mit Aufgaben zu beschäftigen, durch das Vorhanden-

sein aller Antworten durch einen Klick, rapide abnimmt. Chat-GPT schreibt jeden Text in Sekunden, wozu sich noch selber Gedanken machen? Die Aufmerksamkeitsspanne der Schülerinnen und Schüler lässt stark nach während gleichzeitig die Bildschirm-sucht zunimmt. Unsere Jugendlichen haben nicht zu wenig Digitales, sondern zu viel. Auch die Eltern klagen häufig, dass sie durch die Bereitstellung von Tablets überfordert sind darin, den Umgang mit digitalen Medien auf ein vertretbares Maß einzuschränken. Hier wird von Landkreisseite in einer Form in die grundlegende Pädagogik eingegriffen, die nicht vertretbar ist. Um den sinnvollen Umgang mit digitalen Medien zu lernen, ist es ausreichend, eine gewisse Anzahl an Klassensätzen in jeder Schule zu haben und diese dann gezielt im Unterricht einzusetzen. Zahlreiche andere Länder sind diesen Weg vor uns gegangen und rudern mittlerweile zurück.

Hier einige Beispiele und Belege:

- Frankreich testet "digitale Pause": Handyverbot an 200 Schulen. Sollte das Experiment erfolgreich sein, werden alle Schulen in Frankreich das Handyverbot einführen (de.euronews.com)
- Australien plant Verbot von Social Media für Kinder. Die australische Labour-Regierung will Kindern und Jugendlichen den Zugang zu sozialen Medien künftig erst ab 16 Jahren erlauben (tagesschau 7.11.2024)

— Schwedens Bildungspolitik rudert zurück, „Wir haben zuviel digital gemacht“ (tagesschau 17.12.2023). Lange war Schweden stolz auf seine digitalen Klassenzimmer. Doch daran gibt es inzwischen viel Kritik.

Weitere Ausführungen dazu überlassen wir in der Anlage 1.

Anlage 1:

Zur Bildungspolitik in Schweden:

Die Lernkompetenz gehe stark zurück, warnt Schwedens Regierung und will wieder mehr Bücher in den Schulen sehen. In vielen schwedischen Klassenzimmern beginnt langsam eine Kehrtwende. Denn selbst Grundschüler wurden hier über Jahre fast ausschließlich digital unterrichtet. Erst vor fünf Jahren empfahl die Schulbehörde in einer nationalen Richtlinie digitale Lehrmittel wie Laptops oder Apps einzusetzen.

Das habe auch Nachteile mit sich gebracht, sagt Grundschullehrerin Jeanette Wiberg. "Die Lesegeschwindigkeit, der Wortschatz und das Leseverständnis sind insgesamt bei den Schülern zurückgegangen. Wir glauben, dass es daran liegt, dass wir zu viel digital gemacht haben."

Zum Buch: CDU schaut nach Skandinavien (table.media)

Skandinavien debattiert über die Digitalisierungsstrategie an Schulen. Die Bestandsaufnahme ist in Dänemark, Schweden und Norwegen ähnlich – zu viel Bildschirmzeit,

zu wenig Lesezeit. Der Norden zieht nun überraschende Konsequenzen.

Die Digitalisierungsskepsis nimmt in Skandinaviens bildungspolitischen Debatten immer mehr Raum ein. Innerhalb und außerhalb der Parlamente wird etwa in Dänemark, Schweden und Norwegen diskutiert: Wie sieht ein altersgerechter Einsatz digitaler Medien aus? Grundtenor: weniger Bildschirmzeit, mehr Lesezeit im gedruckten Buch.

Die Schüler*innen verlernen das Schreiben auf Papier und kommen mit der Zeit im Abitur nicht mehr hin“ (Aussage von Schülerhilfe. Freiburg im Sommer 24)

Kritik an Digitalisierung in Schulen nimmt zu (tessin-zentrum.de 29.01.2024)

Von "Tablet-Wahn" und "Verdummung" durch Digitalisierung ist in deutschen Medien neuerdings die Rede.

Prof. Zierer zur Schulpädagogik

Die "Süddeutsche Zeitung" veröffentlichte am 19. Januar 2024 einen Artikel des Augsburger Professors für Schulpädagogik Klaus Zierer, der darauf hinweist, dass die wenigen positiven Effekte des Technikeinsatzes in Schulen (vor allem Grundschulen) von negativen bei weitem überlagert werden. Kognitive Leistungen wie Lesen und Schreiben, die Gesundheit und psychische Entwicklung der Kinder im Allgemeinen sowie ihre körperliche Aktivität und ihr Sozialverhalten werde durch Smartboards, Tablets und Co. beeinträchtigt. Zwar gehörten digi-

tale Medien mittlerweile zum Alltag der meisten jungen Leute, aber allein daraus lasse sich kein positiver Effekt auf Lernen und Bildung ableiten.

Zierer beruft sich bei seiner Kritik auf Publikationen des schwedischen Karolinska-Instituts, auf den globalen Bildungsbericht der UNESCO und auf die neueste PISA-Studie.

Zu unterscheiden ist laut Zierer auch zwischen Lernen und Bildung:

"Bildung ergibt sich nicht automatisch aus Lernen."

Während digitalen Medien, je nachdem, wie sie eingesetzt werden, unter Umständen gewisse positive Effekte auf das Lernen abzugewinnen sind, gilt dies nicht von der Bildung. Bildung hat mit Denken, Fühlen und Wollen, mit dem Zusammenspiel der drei Seelenkräfte im Handeln zu tun. Hier sind vor allem die schädlichen Auswirkungen digitaler Medien auf die in Bildung Begriffenen zu verorten: "Ablenkungsherde, mögliches Suchtverhalten" und digital induzierte "Depressionen", Mobbing.

Der Erwerb von Medienkompetenz ist lang und mühselig, sie bedeutet nicht nur die Fähigkeit, einen Touchscreen zu bedienen oder Instagramvideos zu posten, sondern – vor allem – den verantwortungsvollen Umgang mit den gebotenen Möglichkeiten, sowohl gegenüber sich selbst als auch gegenüber anderen. Eine "pädagogisch vernünftige Digitalisierung" räumt dabei der Pädago-

gik auf jeden Fall Priorität vor der Technik ein, so Zierer.

Auch im Kölner Stadtanzeiger kommt Klaus Zierer, "renommierter Mitautor der Hattie-Studie" zu Wort:

"Wir digitalisieren das ganze Bildungssystem mit Milliarden digitaler Geräte durch, ohne die empirische Evidenz zu beachten, was wirklich sinnvoll ist und ab welchem Alter".

Seniorencafé in Bad Krozingen

von Sigrid Hilfinger

Stellv. Kreisvorsitzende AG60+ Breisgau-Hochschwarzwald

Erstes Seniorencafé der SPD AG60+ in Bad Krozingen: Ein voller Erfolg!

Am 28.11.2024 fand das erste Seniorencafé der SPD AG60+ Breisgau-Hochschwarzwald in Bad Krozingen statt – und was für ein gelungener Auftakt es war! In gemütlicher Runde trafen sich zahlreiche Besucherinnen und Besucher, um bei Kaffee, selbstgebackenem Kuchen und guten Gesprächen ein paar angenehme Stunden zu verbringen.



Schon beim Betreten des Veranstaltungsraums war die Stimmung geprägt von Freundlichkeit und Offenheit. Die liebevolle

Dekoration und der Duft von frisch gebrühtem Kaffee luden direkt zum Verweilen ein. Besonders erfreulich war die bunte Mischung an Gästen, die von langjährigen Bekannten bis hin zu neuen Gesichtern reichte.



Ein zentrales Ziel des Seniorencafés war es, einen Raum für Austausch und Gemeinschaft zu schaffen – und das ist mehr als gelungen. Ob aktuelle politische Themen, Erinnerungen an frühere Zeiten oder einfach der Austausch über den Alltag: Die Gespräche waren lebendig und herzlich.

Ein herzliches Dankeschön geht an alle, die zum Gelingen dieses Nachmittags beigetragen haben – sei es durch die Organisation, tatkräftige Hilfe oder die großzügige Spende von selbstgebackenen Kuchen, die das Buffet zu einem echten Highlight machten.



Das positive Feedback der Besucherinnen und Besucher zeigt, wie wichtig solche Angebote sind. Das nächste Treffen ist bereits in Planung – wir halten euch auf dem Laufenden!

Wir danken allen, die diesen Tag mit uns geteilt haben und freuen uns darauf, euch bald wiederzusehen. Gemeinsam schaffen wir Orte der Begegnung und des Miteinanders – genau dafür steht die SPD AG60+.

Info zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz

von Tanja Kühnel

Anhängend habe ich euch mal einen Artikel unserer Abgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärin im BMI Rita Schwarzelühr-Sutter herauskopiert. Hier erläutert

sie einige aufschlussreiche Informationen zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz.

Rita hat diesen Artikel im Roten Netz veröffentlicht. Dies ist Gelegenheit, einmal wieder auf die Plattform Rotes Netz aufmerksam zu machen. Einige von euch sind schon länger dabei, andere haben sich mal zu Anfang angemeldet und waren dann kaum wieder drin und wieder andere kennen das Rote Netz noch gar nicht.

Ich möchte euch einladen, hier ruhig mal wieder öfter reinzuschnuppern. Es gibt Infos von verschiedenen Gliederungen und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern, von unserem Regionalzentrum, ihr findet thematische Räume, in denen ihr gezielt in den Austausch gehen könnt, Kalender und Termine und nicht zuletzt gibt es auch jede Menge Material für die anstehende Wahl zu finden.



Alles in allem ein bisschen wie Social Media – nur viel mehr Social und vor allem ganz viel Rot. Aber jetzt hier dann der angekündigte Beitrag von Rita:

Ein paar Infos zum Fachkräfteeinwanderungsgesetz,

die vielleicht auch bei Bürgergesprächen oder am Infostand ganz hilfreich sein können:

Vor einem Jahr ist die erste Stufe des neuen Fachkräfteeinwanderungsrechts in Kraft getreten. Zum 18. November 2023 wurden die Weichen dafür gestellt, dass Deutschland ein attraktiveres Ziel für Erwerbstätige aus dem Ausland wird: mit deutlich größerer Flexibilität für gut qualifizierte Fachkräfte und Erleichterungen für ausländische Akademikerinnen und Akademiker bei der "Blauen Karte EU". In einem zweiten Schritt wurde erstmals Arbeitskräften die Einwanderung auf Basis ihrer Berufserfahrung ermöglicht. Die Einführung der Chancenkarte als neuartiger Möglichkeit, zur Jobsuche nach Deutschland zu kommen, hat im Juni dieses Jahres diese weitreichende Reform der Erwerbsmigration vollendet.

Diese Regelungen werden gut angenommen. Im ersten Jahr wurden nach vorläufigen Zahlen rund 200.000 Visa zu Erwerbszwecken erteilt. Im Vergleich zum Vorjahr (177.578) ist dies ein Anstieg um über 10 Prozent. Besonders erfreulich ist das große Interesse von Menschen, die in Deutschland studieren, eine Berufsausbildung machen oder ihren ausländischen Abschluss anerkennen lassen wollen. Die Visazahlen sind in diesem Bereich um über 20 Prozent bei Studenten aus Drittstaaten, um zwei Drittel bei Auszubildenden und um knapp

50 Prozent bei Maßnahmen zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen gestiegen. Mit diesen Fachkräften von morgen wird langfristiges Beschäftigungspotenzial gesichert.

Die Zahlen sind gerade angesichts der aktuellen konjunkturellen Herausforderungen ein starkes Signal. Die deutsche Wirtschaft braucht weiterhin gut qualifiziertes Personal, um die demografische Entwicklung am Arbeitsmarkt ausgleichen zu können. Die Zahl der offenen Stellen lag im zweiten Quartal 2024 bei rund 1,34 Millionen. Zusätzlich zum inländischen Potenzial, das durch mehr Aus- und Weiterbildung und eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren verstärkt genutzt werden kann, ist Deutschland weiterhin auf qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland angewiesen.



Foto: Photothek

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist in den vergangenen fünf Jahren insgesamt um 1,6 Mio. angestiegen (Dezember 2023 gegenüber Dezember 2018). Dabei ist der Anstieg zu 89 Prozent auf Ausländerinnen und Ausländer (+1,45 Mio.) zurückzuführen (dazu zählen EU-Bürgerinnen und Bürger sowie Drittstaatsangehörige). Davon geht über die Hälfte des Anstiegs auf Drittstaatsangehörige zurück (995.000 von 1,45 Mio.). Im Vergleich zum Dezember 2022 hätte es im Dezember 2023 ohne den Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern (+290.000) sogar einen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Deutschland gegeben (-80.000). Somit trägt die Fachkräfteeinwanderung aus dem Ausland ganz erheblich zur Linderung der Bedarfe der deutschen Wirtschaft und damit zur Wohlstandssicherung bei.

*Von Rita im Roten Netz gepostet am
09.12.2024*

Neu bei der SPD: mitgliederservice.bw

von Oswald Prucker

Unser Landesverband hat einen neuen Service eingeführt, bzw. die aktuellen Serviceangebote für Mitglieder sehr übersichtlich zusammengestellt.

Unser RZ-Mitarbeiter Bert Riesterer ist übrigens Mitglied des Serviceteams.



Praktische Informationen gibt es zu folgenden Themen:

- Eintritt in die SPD (wer würde das nicht wollen :-))
- Änderung der Postanschrift
- Meldung bei einem anderen Ortsverein als am Wohnort
- Änderung der Bankverbindung
- Neuer Mitgliedsbeitrag
- Beitragsquittung
- E-Mail-Adresse freischalten für Newsletter (ganz wichtig wegen Mitgliederbrief!)
- Sterbefall eines Mitglieds
- Datenschutz

Außerdem gibt es ganz schlicht und ergreifend eine Telefonnummer, Postadresse und eine E-Mail-Adresse:

- Mail: mitgliederservice.bw@spd.de
- Post: SPD Baden-Württemberg |
Wilhelmsplatz 10 | 70182 Stuttgart
- Telefon: 0711 / 619 36 36

Bitte hier entlang:



spd-bw.de/mitgliederservice

Wir schützen das Bundesverfassungsgericht

von Oswald Prucker

Autokratische Regierungen gehen immer zuerst gegen die Judikative an. Das haben wir in Polen und Ungarn erlebt. Es ist gut, dass das Parlament das nun hier in unserem Land ein gutes Stück schwerer gemacht hat und damit unsere Demokratie schützt. Was genau beschlossen wurde, das steht in einer Pressemitteilung von Sonja Eichwede, der rechtspolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion:

Heute hat ein überparteiliches Bündnis mehrerer demokratischer Fraktionen die Stellung des Bundesverfassungsgerichts im Grundgesetz verankert. Dadurch werden die Abwehrkräfte des Bundesverfassungsgerichts gegen Angriffe autoritärer und antidemokratischer Kräfte gestärkt. Die Einigkeit der demokratischen Fraktionen zeugt von der Überparteilichkeit und der Bedeutung des höchsten deutschen Gerichts.

„Das Bundesverfassungsgericht ist für unseren Rechtsstaat als Garant der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unverzichtbar. Die Erfahrung insbesondere in Polen und Ungarn lehrt uns, dass illiberale und autokratische Mehrheiten unabhängige Gerichte gezielt aushebeln und arbeitsunfähig machen, um ihre Agenda ohne Widerspruch durchzusetzen.“

Gegen solche Angriffe von Verfassungsfeinden schützen wir das Bundesverfassungsgericht. Wir sichern die Arbeitsfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts, indem zentrale Strukturen und die Geschäftsordnungsautonomie nur noch mit Zweidrittel-Mehrheit geändert werden können. So kann nicht einfach durch beispielsweise einen zusätzlichen Senat das Gericht mit Günstlingen von Antidemokraten besetzt werden. Der Ersatzwahlmechanismus verhindert Blockaden bei der Neubesetzung von Richterstellen und hält das Gericht arbeitsfähig.

Vorgesehen ist zudem, in der Verfassung die Strukturen des Gerichts festzuschreiben, darunter etwa die Amtszeit der Richterinnen und Richter (zwölf Jahre) und deren Altersgrenze (68 Jahre), der Aufbau mit zwei Senaten mit je acht Richterinnen und Richtern, der Ausschluss der Wiederwahl nach zwölf Amtsjahren, die Bindungswirkung der Entscheidungen des Gerichts und die Geschäftsordnungsautonomie.

Mit der heutigen Reform schützen wir die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts und damit die Demokratie und den Rechtsstaat. Die Unabhängigkeit des Gerichts ist entscheidend, damit die Rechte der Bürgerinnen und Bürger durchgesetzt werden. Sie stellt sicher, dass die Grundrechte eines jeden Bürgers und einer jeden Bürgerin geschützt werden können, schützt vor willkürlichen Eingriffen des Staates und zeigt dem gesetzgeberischen Handeln

Grenzen auf. Deswegen war das heute ein wichtiger Schritt.“

Johannes Fechner meint dazu auf Instagram:

In Osteuropa begann der Abbau des Rechtsstaat damit, dass Regierungsparteien mit einfacher Mehrheit Gesetze beschließen konnten, die die dortigen Verfassungsgerichte lahmgelegt haben.

Das wollen wir in Deutschland verhindern:

Die wesentlichen Strukturelemente unseres bewährten Bundesverfassungsgerichtes sind jetzt im Grundgesetz geregelt und können deshalb nur mit 2/3-Mehrheit geändert werden.



Foto: Photothek

Damit bleibt das Bundesverfassungsgericht handlungsfähig und kann jederzeit die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger sichern und die Gesetzgebung kontrollieren.

Cui bono und Schikane

von Oswald Prucker

Gerade wird bundesweit die Bezahlkarte für Flüchtlinge eingeführt. Sie soll verhindern, dass Flüchtlinge Teile ihrer Sozialhilfe ins Auslands überweisen. Das tun aber nur wenige Prozent und das ist allgemein bekannt. Es geht also um etwas anderes und ich sehe zwei Gründe, die für die Bezahlkarte sprechen.



1. Schikane und Stigmatisierung gegenüber von Flüchtlingen als Abschreckung.

Man kann mit der Karte kein Geld überweisen und sie soll auch nur in bestimmten Gebieten und Geschäften (Lebensmittelgeschäften) nutzbar sein. Gebührenfrei bezahlen oder abheben wird auch nicht überall garantiert.

2. Cui bono?

Wem nützt es? Irgendjemand verdient sich damit ganz bestimmt eine goldene Nase

und zwar sehr vermutlich die Firmen und privaten Dienstleister, die jeweils dahinterstecken.

Ich bin da sehr traurig, dass meine SPD da mitgeht.

Und ja, ich kenne dieses Argument, nach dem die Kommunen bei der Bargeldauszahlung entlastet werden. Das würde man auch mit einer normalen Debitkarte schaffen. Tatsächlich sagt aber schon der Vorsitzende der Länderarbeitsgruppe und auch die ehemalige Ampel-Regierung, dass es darum geht, Anreize für die illegale Migration zu senken.

Ich bin wirklich gespannt, was wir in ein, zwei oder drei Jahren zum Thema Cui bono so hören werden. Kartendeals statt Maskendeals?



IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Tanja Kühnel und Oswald Prucker,
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg

Redaktion: O. Prucker und T. Kühnel

Termine, Termine

Weihnachtskaffee online

 Heiligabend, 24. Dezember

 15:00 bis 16:00 Uhr

 <https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mcfht-seq>

Niemand soll am Heiligabend ganz alleine sein. Wir bieten euch deshalb an diesem Tag etwas Zeit zum Quatschen, Kaffee trinken und Plätzchen essen an.

Schaltet euch einfach unter dem oben angegebenen Link dazu.



Stammtische

Breisgau

Die nächsten Termine standen zum Redaktionsschluss noch nicht fest und werden gesondert bekannt gegeben.

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

 14. Januar und 3. Februar

 19:00 Uhr

 Wirtshaus Perron, Bahnhofstraße 4, Breisach (am Bhf. Breisach)

Hochschwarzwald

 27. Dezember und 22. Januar

 19:00 Uhr

 Hotel Jägerhaus, Titisee-Neustadt



Digitaler Kreisstammtisch

 8. Januar und 10. Februar

 19:00 Uhr

 Ab sofort über Big Blue Button:
<https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mcfht-seq>